

Gegenantrag des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der Porsche AG am 21. Mai 2025

Zu TOP 3: Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2024

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, den Mitgliedern des Vorstands die Entlastung zu verweigern.

Begründung:

Der Vorstand der Porsche AG kommt weiterhin nicht hinreichend seiner Verantwortung nach, wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz umzusetzen.

Katastrophale Klimabilanz und Klimaziele in Gefahr

Dank einheitlicher EU-Berichtsregeln legt nun auch Porsche erstmals die vollständige Klimabilanz offen, inklusiver der relevanten Angabe der Emissionen, die aus der im letzten Geschäftsjahr verkauften Produkte entstehen werden (Scope 3.11). Die Jahre zuvor hatte es Porsche nicht für nötig gehalten, der Öffentlichkeit den Klimaschaden mitzuteilen, der durch die verkauften Verbrenner und Plug-in-Hybride entsteht.

Denn hier liegt das Problem des Festhaltens an Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren: Allein die 2024 produzierten Porsche-Fahrzeuge werden für über 13 Millionen t CO₂ sorgen, bei durchschnittlicher Nutzungsdauer. Dies sind mit Abstand die größten Emissionen in Porsches Klimabilanz. Leider gibt Porsche keinen Wert für 2023 an, sodass nicht nachvollziehbar ist, ob die Klimabilanz nun verbessert oder verschlechtert worden ist.

Ein weiteres Problem bleibt bestehen: Um den echten Klimaschaden transparent zu machen, für den die Porsche AG verantwortlich ist, müssen endlich reale Verbrauchswerte als Grundlage genutzt werden – nicht jene, die in der Praxis ohnehin fast nie erreicht werden.

Der Anteil rein elektrisch ausgelieferter Fahrzeuge ist in 2024 gegenüber 2023 sogar leicht gesunken und lag bei mageren 12,7 Prozent. Mit diesem Tempo wird die Porsche AG ihre Klimaziele nicht erreichen können.

Klimafeindliches Lobbying

Beim Festhalten am Verbrennungsmotor ist insbesondere das Verhalten des Vorstandsvorsitzenden Oliver Blume kritisch zu sehen. Nicht nur seine viel kritisierte Doppelrolle als CEO von Volkswagen und Porsche, sondern auch seine führende Position im Verband der Automobilindustrie (VDA) steht im Widerspruch zu den eigens proklamierten Klimazielen. Unter Mitwirkung von Oliver Blume hat der VDA aktiv Lobbyarbeit betrieben, um wichtige klimapolitische Regulierungen zu verzögern oder zu verwässern. Dazu gehören Bemühungen zur Verschiebung von Grenzwerten, zur Aufweichung des beschlossenen Endes für Neuzulassungen von Verbrennerfahrzeugen bis 2035 und zur Aussetzung möglicher Strafzahlungen bei Nichteinhaltung von Umweltauflagen. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zu den langfristigen Interessen des Konzerns an einer planbaren Transformation und schadet dem Ansehen der Porsche AG als verantwortungsbewusstem Unternehmen.